

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 6

7.4.1974 WÖCHENTLICH DM 0,50

Putte geräumt und abgerissen



Am Donnerstag, dem 4.April hat das Bezirksamt Wedding das Gebäude der Bürgerinitiative PUTTE räumen und abreißen lassen. Der Bedeutung dieses Ereignisses entsprechend berichten wir in dieser Ausgabe darüber.

Auf S.2ff. bringen wir einen ausführlichen Bericht und eine erste Einschätzung. Es folgt eine Kritik der Demo vom Freitagabend und eine Dokumentation der Presseveröffentlichungen zum Thema "PUTTE- Räumung".

Putte lebt!

INHALT

PUTTE -

die BESETZUNG :

Am letzten Sonntag, dem 31. März, ist das Weddinger Kinder - und Jugendzentrum Putte besetzt worden, um die geplante Räumung und den Abriß des Hauses zu verhindern. An der Besetzung, die bereits seit Wochen geplant war, beteiligten sich neben den Jugendlichen der Putte und der Initiativgruppe Westberliner Jugendzentren auch Genossen aus Stadtteilgruppen, KSV und KJV. Bis zur Räumung am Donnerstag hielten sich jede Nacht um die 100 Jugendliche und Genossen in dem verbarrikadierten Haus auf. Tagsüber hielten mehrere Gruppen ihre Sitzungen in dem besetzten Haus ab, u.a. auch Gewerkschafts- und Industriejugend. Durch eine Kunstausstellung versuchte man zusätzlich eine größtmögliche Öffentlichkeit herzustellen. Die Situation war jedoch teilweise sehr unbefriedigend, da aufgrund der Tatsache, daß ein Großteil der Besetzer zur Arbeit mußte, sich manchmal nur 20 Leute im Hause aufhielten und es den Bullen ein leichtes gewesen wäre, das Haus zu räumen. Die Westberliner Linke war in diesen Tagen seltener Gast in der Putte.
Über die Form des Widerstandes war man sich einig - oder besser gesagt, die Putte war sich einig. Lediglich passiver Widerstand sollte geleistet werden. Zwar wurden die Türen verbarrikadiert und die Fenster gegen Tränengasgranaten geschützt, bei einem Angriff der Bullen sollte jedoch auf jeglichen Widerstand verzichtet werden, man wollte sich hinaustragen lassen. Einmal mit der Begründung, daß ein Haus mit militärischen Mitteln sowieso nicht gehalten werden könne, zum anderen damit, daß man es sich mit der Bevölkerung nicht verderben wolle.
Eine Diskussion über die Frage passiven oder aktiven Widerstandes wurde von der Putte und der Initiativgruppe nicht zugelassen, obwohl diese Frage auf jedem Plenum wieder aufgeworfen wurde.
Vielen Genossen war nicht einsichtig, warum sich überhaupt derart viele Leute in der Putte aufhalten sollten, wenn diese sich dann doch nur hinaustragen lassen würden. Militante Unterstützung von außen erschien manchen dann auch sinnvoller.
(Doch wo blieb die ?)
Über die Möglichkeit der Räumung der Putte bestanden geteilte Meinungen: Darüber, daß das Haus militärisch nicht verteidigt werden könne, war man sich größtenteils noch einig.
Nur KSV, KJV glaubten ernsthaft, man könne das Haus durch militanten Widerstand mehrere Tage lang halten.
Ein Teil der Genossen war sich darüber klar, daß die Putte nicht zu retten sei : Weder durch aktiven noch durch passiven Widerstand würde sich das Bezirksamt von einer Räumung abhalten lassen. Die Funktion einer Besetzung sah man darin, zu zeigen, daß man sich nichts ohne Widerstand nehmen läßt, nicht freiwillig aus dem Haus geht, zu zeigen, daß man der Integrations- und Repressionspolitik der SPD etwas entgegenzusetzen hat. Eine Besetzung auch darum, um eine größere Öffentlichkeit herzustellen, als wenn das Haus sang- und klanglos aufgegeben würde.
Dagegen hatte ein Teil der Putte wie auch der Initiativgruppe nach wie vor die Illusion, das Haus halten zu können. So u.a. durch Friedensforscher, Kunstausstellung, Renovieren des Hauses, Solidaritätsadressen von Albertz und Gollwitzer. Man setzte insgesamt ziemlich stark auf die liberale bürgerliche Öffentlichkeit. Glaubte man wirklich durch sie das Bezirksamt von seinem Vorhaben abbringen zu können ?
Natürlich versuchte man auch, die Bevölkerung der umliegenden Straßen mit in den Kampf einzubeziehen. Kunstausstellungen sind jedoch dazu ein recht fragliches Mittel. Es ist nicht gelungen, in größerem Maße die Verbindung zu konkreten Problemen, zu Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung herzustellen. Die Sanierungsproblematik wäre dazu z.B. ein geeigneter Ansatzpunkt gewesen.
Daß das Miteinbeziehen von Liberalen nicht nur taktisches Verhalten war, sondern teilweise wirklich Ausdruck des Bewußtseins der Jugendlichen, mag ein Beispiel zeigen:
Bei einer Vorbesprechung zur Beset-

zung weigerte sich ein Teil der Putte Jugendlichen,zwei FDP ler und Jungdemokraten auszuschließen.Einige mit der Begründung,ein Bürgerlicher sei ihnen genauso lieb wie ein "Kommunist oder Sponti".
Bestanden gegenüber SpD und Jusos logischerweise keine Sympathien mehr, (man wußte,in welcher Partei Sötje ist und wie die Jusos die Putte im entscheidenden Moment verraten hatten) war man nun der FDP recht freundlich gesonnen,da sie ja schließlich als einzige Partei gegen den Abriß gestimmt hatte.
Das teilweise wirklich unsolidarische Verhalten gegenüber den Genossen von KSV/KJV bei Diskussionen,Teach-In und Demo schlägt in die gleiche Kerbe.
In den Tagen der Besetzung setzte sich jedoch allmählich die Erkenntnis durch,daß es nicht die Liberalen sind, die primär das Haus halten,sondern die Linke.Mit dazu bei trug auch das Verhalten von KSV/KJV.Es muß gesagt werden,daß sich die Genossen aus diesen Gruppen überraschend solidarisch verhielten,immer die "natürliche Führung" der Putte anerkannten,nie Abmachungen brachen und sich aktiv an allen Arbeiten beteiligten.Ohne ihre Beteiligung hätte die Besetzung nicht so reibungslos verlaufen können.
Dagegen wurde das Verhalten der Westberliner Spontigruppen oft kritisiert. Mag es an dem mangelnden Organisierungsgrad oder der Osterurlaubsstimmung gelegen haben,jedenfalls arbeitete außer einer Stadtteilgruppe keine andere undogmatische Gruppe kontinuirlich mit.Am besten,man überläßt KSV/KJV gleich ganz die Arbeit in den Westberliner Jugendzentren!!

die RÄUMUNG :
Am Donnerstag,dem 4.4.,wurde das Haus dann geräumt und anschließend gleich abgerissen.
Bereits um 8.00 wußte man,daß die Räumung bevorstand,der Alarm wurde jedoch viel zu spät ausgelöst,um 9.00 Wir wollten,wie geplant,im Haus selbst keinen Widerstand leisten,das sollten die Genossen draußen übernehmen.Das telephonische Alarmsystem klappte dann auch ziemlich gut,so daß nach ein bis zwei Stunden bereits über 500 Genossen versammelt waren,die jedoch nicht mehr an das hermetisch abgeriegelte Haus herankamen.Zwei spontane Demos wurden gemacht,aus Wut wurden einige Steine geworfen,zu der erwarteten Straßenschlacht kam es jedoch nicht.
Die Bullen brauchten wider Erwarten unheimlich lange ,bis sie die Barrikaden weggeräumt hatten.Erst nach einer Stunde konnten sie mit der Räumung beginnen.Wir saßen mit 86 Leuten in dem Raum der Kunstausstellung.(Einige hatten tatsächlich den Bullen Kunstverständnis unterstellt und glaubten sich unter den Kunstwerken nahmhafter Künstler geschützter.)Der Vorschlag,alle Treppen des Hauses zu verbarrikadieren und sich auf den Dachboden zurückzuziehen,war abgelehnt worden,da man in diesem Fall äußerste Brutalität der Bullen befürchtete. Diese Vermutung war nachträglich betrachtet wohl berechtigt,denn bereits nach einer Stunde Barrikadenräumen waren einige Bullen ziemlich aggressiv- bis zum Dach hätten sie einen halben Tag gebraucht.
Die Bullen rissen dann ziemlich brutal einige Genossen aus der Kette heraus,es gab Prügel und Tritte.Als ihnen das schließlich zu lange dauerte,hielten sie kurzerhand einen Feuerlöscher in die Menge.Es brach eine kleine Panik aus und alles stürzte aus dem Raum,wo man dann von den Bullen unsanft in Empfang genommen wurde.Nach der Personalienfeststellung in einer nahegelegenen Schule wurden wir dann wieder freigelassen,mitunter an den entlegensten Plätzen Berlins,wie Friedhof Plötzensee.

AKTIONEN nach der Räumung
Über die Berechtigung von militantem Widerstand waren wir uns von Anfang an im klaren.Da im Hause selbst aktiver Widerstand unmöglich war,mußte die Militanz auf die Straße getragen werden.Einmal aus einer berechtigten Wut heraus,zum anderen aus politischem Kalkül - um eine größtmögliche Öffentlichkeit herzustellen,um der SPD zu zeigen,daß sie mit massivem Widerstand zu rechnen hat bei ihrem Versuch,nach und nach die Jugendzentren und selbstverwaltete Jugendarbeit kaputtzumachen.Gerade hinsichtlich der Angriffe auf die anderen Westberliner Jugendzentren ist es notwendig,sich mit aller Kraft zu wehren.wenn man nicht alles Er-

reichte preisgeben will.
Wer jedoch Frankfurt im Kopf hatte, sah sich getäuscht.Als ca.drei Stunden nach der Räumung sich fast 1ooo Genossen vor der Rügener Str,versammelt hatten und ein Großteil für eine Demo zum Bezirksamt stimmte,wobei es höchstwahrscheinlich zu einer Strassenschlacht gekommen wäre,wiegelte die Putte diesen Vorschlag ab,Einmal mit der Begründung,es seien zuwenig Leute da,zum anderen damit,daß man die Arbeit im Wedding weiterführen und es sich nicht mit der Bevölkerung verderben wolle.Ein Sprecher des KOV schloß sich dann der Ablehnung der Putte an mit dem Hinweis,es sei eine Aktion der Putte,deren Verlauf von ihr selbst bestimmt werden müsse. Die Aktion wurde dann auf die Demo am folgenden Freitag Abend verschoben.
Aber auch da kam es zu keinen grösseren Auseinandersetzungen.Es gingen zwar einige Scheiben des SPD Büros zu Bruch,auch flogen Steine auf Rathaus und die vor dem Rathaus postierten Bullen,aber es waren keine massenhaften Aktionen.So wurden einige Genossen von Demonstrationsteilnehmern nahezu am Steine Werfen gehindert.Auch eine anschließende spontane Demo führte nicht weiter,einmal aufgrund des ungeheuren Polizeiaufgebots,zum anderen,da ein Großteil der Demonstranten,imerhin ca. 4-5 Tausend,sich schnell in die u -Bahn Eingänge verzog.
Die Niederlage war perfekt !
Man kann dieses Verhalten wirklich bald nur noch als Angst bezeichnen. Wer angesichts einer solch wirklich großen Demonstration immer noch auf Militanz verzichtet,wird wohl nie einen Stein in die Hand nehmen.Wo blieb die Wut der Genossen ??
Man mußte manchmal den Eindruck haben,es berührt viele gar nicht,was da mit uns ,den Jugendlichen,unserer Arbeit geschieht.

die ZUKUNFT der Putte
Gerade in der Frage der Militanz scheiden sich nach wie vor die Geister.Ein Teil der Genossen hält nach der Räumung militante Aktionen für gerechtfertigt.Man glaubt zwar nicht (wie bspw.der RK),schon jetzt durch militanten Widerstand der Arbeiterklasse eine Kampfperspektive weisen zu können- aber zumindest, Teilen der Bevölkerung die Berechtigung gewaltsamen Widerstandes vermitteln zu können.
Die Schwierigkeiten sind klar :
Wenn in Frankfurt,wenn überhaupt-dann dort,ein Großteil der Bevölkerung unmittelbar von der Wohnungs- und Sanierungspolitik der SPD betroffen ist,militanter Widerstand gegen die SPD ansatzweise also auch verstanden und für richtig empfunden wird,ist die Putte zuerst einmal nur ein Problem der Jugendlichen und ihrer Eltern.Eine Massenbasis hat dieser Kampf noch nicht,die er auch nicht haben wird,wenn es nicht gelingt,ihn in einen allgemeineren Kampf gegen die ganze Kahlschlagssanierung im Wedding zu erweitern. Zur Zeit wird jedoch auf diesem Gebiet kaum Arbeit geleistet,der Kampf um ein Jugendzentrum ist also von der Bevölkerung noch ziemlich isoliert,trotz einiger Symphatien,was jedoch eben über Symphatiebekundungen nicht hinausgeht,nicht hinausgehen kann.Militante Aktionen können also nicht die Funktion haben,die Bevölkerung zu mobilisieren (man wird vielmehr einige Mühe haben,Militanz zu vermitteln),sondern kann primär nur dazu dienen,einen entschiedenen Widerstand gegen die Repressionspolitik der SPD aufzuzeigen. Die Putte verliert jedoch diesen Gesichtspunkt vollkommen aus den Augen,sieht nicht die Notwendigkeit massiven Auftretens zur Unterstützung der anderen Jugendzentren.Sie geht teilweise von einem ziemlich kleinbürgerlichen Begriff der Öffentlichkeit bzw.der Bevölkerung aus,die man ja nicht verschrecken dürfe -als ob sich die Bevölkerung wirklich nur aus Rentnern zusammensetzen würde. Man will praktisch weiterhin versuchen,durch die (bürgerliche) Öffentlichkeit Druck aufs Bezirksamt auszuüben.
Die Illusionen sind noch nicht zerstört.
So wie man vor der Räumung noch glaubte,das Haus halten zu können,ja, selbst als die Bullen schon das Haus stürmen wollten,noch Verhandlungen forderte,so fordert man jetzt ein neues Haus,Von wem ??
Die Strategie von Bezirksamt und

Senat müßte allmählich klar geworden sein :
Gelingt es nicht mehr, Jugendarbeit zu integrieren, was bei der Putte Funktion der Jusos war, hilft nur noch, diese Ansätze mit der ganzen Repressionsgewalt zu zerstören.
Da hilft kein Wohlverhalten, kein Bitten und kein Fordern.
Die Putte wird vom Bezirksamt kein neues Haus in Selbstverwaltung bekommen, auch nicht durch Unterstützung der liberalen Öffentlichkeit.
EIN NEUES HAUS MÜSSEN WIR UNS NEHMEN !

KRITIK DER DEMO

Kaum vorher gab es wohl so eine gute Agitation über den Lautsprecher wie auf dieser Demo. Nicht so eine schwülstige Intellektuellenstimme mit irgendeiner abstrakten Scheiße war zu hören, sondern es redete einer so, wie alle im Wedding reden, n' bißchen schnoddrig und n' bißchen berlinerisch Dazu ein dufter kurzer Text, der eigentlich den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Bullenräumung der Putte, Zerstärung des Hauses und der kinder, - jugend- und volksfeindlichen Politik des Senats sehr anschaulich und einfach darstellte (u.a. auch den Zahlenvergleich, daß für die Putte nur 40 000 DM gebraucht würden, der Senat für den Kreisel aber 400 Millionen blechte, und daß der Einsatz zur Räumung des Hauses mehr kostete als die Putte insgesamt Geld haben wollte). Die Agitation war sehr dufte.
Richtig war unserer Meinung nach, auch der kurze Ausflug eines kleinen Blocks von Genossen an der Ecke Müllerstraße zum SPD-Haus. Weil der Angriff überraschend kam, waren die Bullen trotz militärischer Übermacht nich t so recht vorbereitet. Leider ist aber nicht klar abzulesen, wer mit dem Ausflug eigentlich gemeint war (obwohl die bürgerliche Presse die Aktion richtig interpretierte): Die Bullen, die vor dem Haus standen, das Gardinengeschäft oder die SPD-Zentrale, die sich allerdings in den höheren Stockwerken befindet.
Was scheiße war, ist nur die Sache nach der Demo: natürlich sind sprontane Demos dufte und fast immer auch wirkungsvoll. Das ist aber nicht ein agitatorisches Problem, sondern in vielen Situationen auch ein strategisches. Die meisten Genossen, die bereit waren, mehr nach der Demo zu machen als nur nach Hause zu gehen, sahen sich aber mehreren Schwierigkeiten gegenüber:
+ Eine große Anzahl der Genossen kannte die Gegend überhaupt nicht
+ Die Gegend war für eine militante Auseinandersetzung mit den Bullen kaum geeignet (wenig Öffentlichkeit)
+ Die Bullen warteten nur darauf, daß sich mehr entwickelt, man hatte alles angefahren was anzufahren war (selbst ältere Revierbullen waren in Bereitschaft.

Da ein großer Teil der kampfbereiten Genossen nach Schluß der Demo die Kräfteverhältnisse realistische einschätzte, zog man sich lieber zurück. Das einzige, was man hätte machen können wäre eine kürzere Straßenblockade gewesen, oder aber mit möglichst vielen Leuten z. B. zur Belziger Straße zu fahren, um vielleicht dort nochmal eine kurze Zeit zu demonstrieren oder sich die Verhandlungsergebnisse zwischen SJSZ und Bezirksamt Schöneberg anzuhören. Es wäre das wirkungsvollste gewesen.
In der Einschätzung der Kräfteverhältnisse völlig konfus war jedoch der spontane Zug, der sich dann in Richtung SPD-Zentrale in Bewegung setzte, und plötzlich nach links in die Straße einschwenkte, wo auf der einen Seite der Park ist und auf der anderen Seite der Friedhof. Mit einem riesigen Bullenaufgebot im Rücken lief man dann in diese ziemlich unbelebte und dustere Straße hinein. Warum eigentlich?

Wenn die Bullen gewollt hätten, wären alle dabei 'hopps-gegangen'. Es ist auch völlig schwachsinnig, sich dann auch noch in einen Park zurückzuziehen, wie es eine ganze Reihe von Genossen gemacht hatten.
Genossen, nicht blind in Fallen laufen heißt, die Situation vorher besser einzuschätzen (obwohl ja keiner verletzt oder festgenommen wurde); heißt zuzuschlagen, wo der Gegner schwach ist, wo ein Angriff von uns den Gegner unvorbereiteter trifft als am Freitag. Das hat nichts mit Abwiegelei zu tun, sondern auch etwas mit

Domizil der „Putte" in Wedding gestern geräumt

Morgenpost 5. Ap. 74

Haustür wurde vom Bulldozer geöffnet

Mit einer Großaktion der Polizei wurde gestern vormittag das Domizil der Weddinger Bürgerinitiative „Putte" an der Rügener Straße 20 geräumt. Der Einsatz war vom Bezirksamt und der Polizeiführung streng geheimgehalten worden. Als die etwa 400 Mann starken Polizeikräfte gegen 9 Uhr anrückten, saßen die „Putte"-Leute beim Frühstück.

Trotz des überraschenden Einsatzes hatten die Mitglieder der Bürgerinitiative offensichtlich damit gerechnet. Fenster und Türen waren total verrammelt. Die Haustür konnte erst von einem Bulldozer geöffnet werden. Anschließend hatten die Beamten eine Stunde lang zu tun, um die im Hausflur fest verankerten Barrikaden zu beseitigen. Mit Brechstangen und Äxten wurden vernagelte Fenster zertrümmert.

Nachdem die letzte Barrikade in dem „Putte"-Haus gefallen war, stürmte eine Gruppe Polizisten das Haus. Der schwierigste Teil des Einsatzes schien zu beginnen: Die Hausbewohner sollten das Gebäude verlassen. Gespannt warteten die Kollegen der stürmenden Beamten auf der Straße. Man war bereit, dem Bezirksamt Amtshilfe auf Biegen und Brechen zu leisten.

Ohne Gegenwehr

Doch wer mit Widerstand der Bürgerinitiative gerechnet hatte, sah sich getäuscht. Ohne Gegenwehr ließen sich die 86 zum Teil Jugendlichen aus dem Haus führen. Einige erregte „Putte"-Leute „beruhigte" die Polizei mit dem Inhalt von Feuerlöschern. Hustend und mit tränenden Augen stiegen die Weddinger in die Transportfahrzeuge.

Nach der Räumungsaktion war eine vom Bezirksamt beauftragte Umzugsfirma mehrere Stunden lang damit beschäftigt, die Habseligkeiten der Bürgerinitiative auf Lastwagen zu räumen. Der von „Putte"-Leuten mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragte Rechtsanwalt Harald Loch: „Rechtlich ist gegen die Räumung nichts einzuwenden."

Unter den 86 Personen sind 41 Erwachsene, 29 Heranwachsende und 16 Jugendliche. Das Bezirksamt hat den 16 Mitgliedern der Wohngemeinschaft Wohnmöglichkeiten angeboten. Sie wurden abgelehnt. Nur das minderjährige Elternpaar hatte vor einigen Tagen der Übernahme einer Wohnung zugestimmt. Die jungen Leute waren gestern mit ihrem Kleinkind nicht im „Putte"-Haus. Mit dem Abriß des Gebäudes ist noch gestern begonnen worden. Heute abend sollen diese Arbeiten beendet sein. Später will man hier einen Spielplatz bauen. **D. Discher**



(Genossen, dies muß Springers Wunsch bleiben !!!)

BZ 5.4.74

Eine große Eisenkugel schlug die ‚Putte' k.o.

Das Haus Rügener Straße 20 in Wedding ist gestern abgerissen worden. Es hatte den Namen „Putte" und war seit Anfang 1973 „besetzt" worden.

Etwa 100 junge Leute wurden in den frühen Morgenstunden von starken Polizeikräften exmittiert. Es gab keine Zwischenfälle, da sie



Bezirksstadtrat für Jugend und Sport, Peter Sötje (33): „Einigen Kräften in der ‚Putte' ging es nur darum, Druck auszuüben.

nur passiven Widerstand leisteten.

Peter Sötje (33), Bezirksstadtrat für Jugend und Sport, erklärte: „Die Räumung des Hauses ist eindeutig durch das uneinsichtige und kompromißlose Verhalten der Bürgerinitiative herbeigeführt worden. Unter bewußter Inkaufnahme illegaler Handlungen wie Aufbrechen und Besetzen bereits geräumter Wohnungen in dem Abrißhaus hat die „Putte" versucht, das Bezirksamt durch Schaffung vollendeter Tatsachen zu erpressen."

Der Bezirksstadtrat ergänzte: „Alle geduldigen und mühsamen Versuche des Bezirksamts, im Interesse der Fortsetzung des für förderungswürdig gehaltenen sozialpädagogischen Experiments, eine vernünftige und realistische räumliche Alternative anzubieten, mußten daher letztlich scheitern. Die ‚Putte' blieb bei ihrer Forderung: Alles oder nichts."

Der Hintergrund hört sich so an: Das der GeSoBau gehörende Abrißhaus wurde illegal okkupiert. Die ursprünglichen Bestrebungen der Bürgerinitiative sind vom Bezirksamt Wedding finanziell unterstützt worden. In der Vergangenheit haben jedoch linksaußen stehende Gruppen das Haus und seine Bewohner zu einer staatsfeindlichen Zelle umfunktioniert. Das Haus wurde mehr und mehr auch zu einem Treffpunkt von Obdachlosen.

Stadtrat Sötje: „Die von uns angebotenen Alternativen für die Bewohner sind nicht akzeptiert worden. Die zum 31. März verfügte Räumung ist nicht vollzogen worden. Das Haus ist 97 Jahre alt und hat viele bauliche Mängel."

Die „Putte" war von den Besatzern mit Rundhölzern, Ziegelsteinen und ähnlichem Material regelrecht verbarrikadiert worden.

Das Mobiliar der Bewohner wurde sichergestellt. Zum Beispiel: 12 Dosen Linsen, fetter Speck, eine Kreissäge, Pakete mit Kerzen, eine Stereoanlage, ein Filmprojektor und auch Schallplatten. mz

Trotz Abriß – vor 1981 keine Neubebauung

Empörung über Räumung der „Putte" in Wedding

„Wahrheit"

Der von SPD und CDU verfochtene Abriß des vielerseits begrüßten pädagogisch betreuten Kinder- und Jugendzentrums „Putte" in Wedding wurde gestern unter Polizeigewalt vollzogen. Obwohl mit einer Neubebauung des Grundstückes in der Rügener Straße nicht vor 1981 zu rechnen ist, begann eine von der Bezirksverwaltung beauftragte Baufirma bereits in den Mittagsstunden, das erst kürzlich von den Jugendlichen gestrichene Haus einzureißen.

Die etablierten Parteien appellieren gerne an die gesellschaftliche Verantwortung der Jugend. Aber wo immer Jugendliche davon Gebrauch machen, antworten die Herrschenden mit Gummiknüppeln und Gesinnungsjustiz. So auch beim brutalen Polizeieinsatz gegen die Bürgerinitiative „Putte", der unter Anwohnern breite Empörung auslöste.

Nachdem die Bewohner freiwillig das Gebäude verlassen hatten, wurden sie auf Mannschaftswagen der Polizei geladen und in eine nahe gelegene Schule gebracht. Die Kripo nahm dort die Personalien der Festgenommenen auf.

Mit der kurzfristigen Räumung des Hauses wurde wieder einmal — wie kürzlich bei dem rücksichtslosen Abriß der Baracken des Schöneberger Jugend- und Schülerzentrums — ein sozialpädagogisches Experiment zerschlagen. Blü.

Jugendzentrum „Putte" von Polizei brutal geräumt

Mit Äxten, Hämmern und Feuerlöschern gestürmt

Westberlin (Eigenbericht). Das Kinder- und Jugendzentrum der Bürgerinitiative „Putte" in der Rügener Straße 20 im Bezirk Wedding wurde am Donnerstag vormittag mit brutaler Gewalt von starken Polizeikräften geräumt. Das Bezirksamt Wedding hatte die Polizei um Amtshilfe ersucht, nachdem Baustadtrat Renner (SPD) noch am Dienstag gegenüber der „Wahrheit" erklärte, daß noch keine Entscheidung getroffen sei und am nächsten Dienstag noch einmal über die „Putte" beraten werden sollte.

Gestern nun forderte Renn die Besucher des Hauses auf, d Gebäude sofort zu räumen. Ih wurde im Sprechchor geantwo tet: „Die ‚Putte' muß bleiben Die mit Schutzhelmen ausg rüsteten Polizisten drangen m Äxten, Hämmern und andere Spezialgeräten in das Gebäude ein. Ein Vertreter der Bürgerinitiative „Putte" berichtete, daß Polizisten beim Eindringen in die Räume rücksichtslos vom Schlagstock und von Feuerlöschern Gebrauch machten.

Spandauer „Volks"-blatt

Mit einem Aufgebot von 250 Polizisten wurde gestern das Weddinger Jugend- und Kinderzentrum „Putte" in der Rügener Straße 20 geräumt. Das Gebäude selbst war vorher von den Jugendlichen stark verbarrikadiert worden. Sie mauerten ein Schaufenster zu und legten Bohlen vor die Haustür. Mit Hilfe eines Schaufelladers verschaffte sich die Polizei gewaltsam Einlaß. Mit dem „schweren Gerät" wurde die Mauer durchbrochen und die Tür eingedrückt. Zuvor waren die Jugendlichen von Bezirksbaustadtrat Horst Renner aufgefordert worden, die „Putte" freiwillig zu verlassen. Nach ihrer Weigerung rief Renner die Polizei. Innerhalb von 80 Minuten hatten die Beamten dann das Gebäude geräumt und rund 100 Personen ausgesetzt. In Sprechchören und mitgeführten Transparenten forderten bei einer folgenden Demonstration rund 400 Jugendliche den Abzug der Polizei und den Erhalt „ihrer Putte". Außerdem warfen einige von ihnen mit Steinen auf Beamte. Die Polizisten benutzten ihrerseits den Gummiknüppel. Während der Räumungsaktion war die Rügener Straße für den gesamten Verkehr gesperrt.

Das Bezirksamt Wedding hatte hatte schon vor Wochen die Bewohner der „Putte" aufgefordert, das Gebäude zum 31. März zu räumen. Aber die Jugendlichen weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Mit Demonstrationen und Flugblättern hatten sie immer wieder gegen den Zwangsumzug protestiert. Auch ein Gutachten, erstellt von elf Berliner Architekten, hatte keinen Erfolg. Darin wird erklärt, daß „eine akute Gefährdung durch konstruktive Mängel und aufgrund der baulichen Substanz" nicht besteht.

Gerade aber die Bausubstanz ist der Grund, weshalb das Gebäude eingerissen wird. Dafür soll der danebenliegende Abenteuerspielplatz vergrößert werden. Ersatzräume in vier Ladenwohnungen hat der Bezirk zur Verfügung gestellt. 1981 soll dann hier ein Kinderzentrum mit Grundschule und Tagesstätte entstehen.

■ Gestern gegen 9 Uhr war es dann soweit: Baustadtrat Horst Renner forderte die Jugendlichen auf, das Gebäude zu verlassen. In Sprechchören wurde ihm geantwortet: „Die Putte muß bleiben." Renner rief die Polizei. Sie kam wenige Minuten später mit gepanzerten Fahrzeugen, Schaufellader und 250 Beamten.

Das Gebäude wurde umstellt und die Rügener Straße hermetisch abgeriegelt. Auch eine erneute Aufforderung der Polizei, das Gebäude freiwillig zu räumen, wurde von den Jugendlichen abgelehnt.

Dann gab der Einsatzleiter den Befehl, das Haus gewaltsam zu öffnen. Mit Getöse stürzten kurz danach das zugemauerte Fenster und die verbarrikadierte Tür ein. Mit Schutzhelmen, Schlagstöcken und Schutzschilden drangen die Beamten in das Gebäude ein. Ohne Widerstand ließen sich die rund 100 Jugendlichen aus der „Putte" führen. In der danebenliegenden Schule wurden ihre Personalien festgestellt, bevor sie wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Rund 200 Jugendliche versuchten mehrfach, die Absperrungen der Polizei zu durchbrechen. Ob es dabei Verletzungen gab, stand gestern abend noch nicht fest.

Wie mehrere Vertreter der Bürgerinitiative „Putte" sowie die in dem Haus bis gestern lebende Wohngemeinschaft dem VOLKSBLATT erklärten, habe man bewußt nur passiven Widerstand geleistet. Jedoch sei die Polizei in die Räume eingedrungen und habe mit Feuerlöschern und körperlicher Gewalt die Jugendlichen „vertrieben". Außerdem habe man sie beschimpft und geschlagen.

Durch die Weigerung der Jugendlichen, das Haus zu räumen, sei eine „zwangsweise Aktion" unumgänglich gewesen, meinte der Bezirksstadtrat für Jugend und Sport, Peter Sötje. Wie er weiter erklärte, habe man den Jugendlichen ein Ersatzgebäude angeboten. Das aber wird abgelehnt, weil es zu klein für ihre Zwecke sei und der Wohngemeinschaft keinen Raum biete. „Die Jugendlichen wollten hier nur beweisen, daß es möglich ist, durch andauernde illegale Handlungen und Druck auf die Kommunalverwaltung jegliche Forderungen durchzusetzen", erklärte der Bezirksstadtrat.

Doch die Jugendlichen wollen auch jetzt noch nicht aufgeben. Für heute ist eine weitere Demonstration angekündigt. VOLKER BAUER

Polizei stürmte die „Putte"

Haus des Jugendzentrums in Wedding stand auf der Abrißliste

FRANKF. RUNDSCH.

Von unserer Korrespondentin Annamarie Doherr

BERLIN, 4. April. Mit einm 300 Mann starken Polizeiaufgebot wurde am Donnerstag das Kinder- und Jugendzentrum „Putte" geräumt, eine zugemauerte Schaufensterscheibe und die Eingangstür mit einem Schaufellader eingedrückt und mit Äxten und Hämmern das besetzte und verbarrikadierte Gebäude gestürmt. Die Jugendlichen leisteten keinen Widerstand und empfingen die Polizei mit Sprechchören „Putte muß bleiben". An dem Gebäude waren Parolen angebracht: „Wir fordern Nutzungsverträge für unser Haus" und „Renovieren statt sanieren!"

Die „Putte" war Anfang 1973 von einer Weddinger Bürgerinitiative gegründet worden, um in dem an Freizeitmöglichkeiten armen Bezirk einen Schüler- und Jugendladen einzurichten und einen Abenteuerspielplatz anzulegen. 17 milieugeschädigte Jugendliche gründeten in dem Altbau eine Wohngemeinschaft, der das Bezirksamt aber einen rechtsgültigen Mietvertrag verweigerte, weil das Haus auf der Abrißliste stand.

Die Berliner Jungsozialisten verurteilten scharf das Vorgehen des Bezirksamts, das sozialdemokratische Reformpolitik unglaubwürdig mache. Unverständlich sei, erklärte der amtierende FDP-Vorsitzende Horst Vetter, daß ohne zwingende Notwendigkeit in dieser Form vorgegangen würde, zumal die Betroffenen zugesagt hatten, über die weitere Verwendungsmöglichkeit zu verhandeln.

Auch Jugendsenatorin Ilse Reichel hatte sich für eine Verlängerung des Räumungstermins eingesetzt und die von den Jugendlichen geleistete Arbeit anerkannt.

Der Westberliner Friedensforscher Theodor Ebert hatte mit einer Arbeitsgruppe dazu aufgerufen, am Fall „Putte" die gewaltfreie Konfliktaustragung zu demonstrieren. Die Gruppe renovierte gemeinsam mit Jugendlichen ihre Räume und eröffnete am letzten Wochenende aus Leihgaben unter anderem von den Professoren Ebert und Flechtheim eine Bilderausstellung, um zu zeigen, daß das Haus durchaus bewohnbar ist.



Wer vermittelt ihm Kontakt nach Kanada ?

Haus der ‚Putte' überraschend geräumt und sofort abgerissen

Polizei brach Tür des Jugendzentrums auf — Kein tätlicher Widerstand

„Tagesspiegel"

Von einem starken Polizeiaufgebot wurde gestern vormittag das Kinder- und Jugendzentrum „Putte" der Bürgerinitiative Wedding e. V. in der Rügener Straße 20 geräumt. Insgesamt waren 250 Polizisten im Einsatz, darunter Kriminalpolizei und die Bautechnische Bereitschaft. Anschließend wurde das Gebäude durch eine Abrißfirma niedergelegt. Die Aktion, bis zuletzt vom Bezirksamt geheimgehalten, kam für die 86 im Hause befindlichen Personen überraschend.

Wie mehrfach berichtet, hatte das Bezirksamt Wedding als Eigentümerin des Grundstückes die teilweise Nutzung des Gebäudes durch die „Putte" und eine ihr angeschlossene, dort unerlaubt untergebrachte Wohngemeinschaft zum 31. März gekündigt. Auf dem Grundstück soll, nicht vor 1980, ein Kinderzentrum gebaut werden.

Gestern um neun Uhr waren Baustadtrat Renner, Jugendstadtrat Sötje, Mitarbeiter des Bezirksamtes, die Polizei, eine vom Bezirksamt bestellte Möbeltransportfirma und Arbeiter einer ebenfalls von ihm bestellten Abrißfirma in der Rügener Straße vor dem Hause erschienen.

Renner forderte die im Hause Befindlichen über ein Megaphon zur Räumung auf. Als diese auch der anschließenden Aufforderung der Polizei nicht nachkamen, drangen Polizisten gewaltsam in das Gebäude ein. Die Eingangstür des Hauses war von innen verbarrikadiert und mußte aufgebrochen werden. Die im Haus befindlichen Personen — nach Angaben von Stadtrat Sötje zumeist Erwachsene — leisteten bei der Räumung keinen Widerstand. Eine seit dem letzten Wochenende unter dem Motto „Kunst gegen Abriß der Putte" in dem Haus untergebrachte Bilderausstellung mit wertvollen Stücken wurde unter Aufsicht eines Vertreters des Weddinger Kunstamtes und eines Leihgebers in die Kasse des Bezirksamtes gebracht. Das Mobiliar wurde von einer Transportfirma abgeholt.

Die seit dem 1. April unerlaubt in dem Gebäude lebenden Personen wurden zur Feststellung ihren Personalien durch die Kriminalpolizei vorübergehend festgenommen. Wie Sötje sagte, habe sich auch ein von der „Putte" bestellter Rechtsanwalt eingefunden. Mitarbeiter des Jugendamtes boten denen Zimmer an, die durch die Räumung obdachlos geworden seien. Das Angebot wurde nach Angaben des Bezirksamts nicht wahrgenommen.

Nach Angaben der Polizei kam es im Anschluß an die Räumung in den Nebenstraßen zu kleinen Demonstrationen. Dabei seien vereinzelt Steine gegen Polizisten geworfen worden. Die Polizei habe einen Steinwerfer festgenommen. Um Demonstrationen zu verhindern, hatte die Polizei zuvor Personen aus dem geräumten Haus mit Fahrzeugen weggebracht und dann irgendwo, beispielsweise in den Rehbergen, abgesetzt.

In einer gestern verbreiteten Pressemitteilung erklärte Stadtrat Sötje, die Konfrontation habe nicht vermieden werden können; sie sei durch uneinsichtiges und kompromißloses Verhalten der Bürgerinitiative herbeigeführt worden. Eine Verwaltung, die solchem Druck nachgebe, ermuntere anarchistische Tendenzen und trage zum Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien bei.

Der **amtierende Landesvorsitzende der FDP,** Vetter, äußerte gestern sein Befremden über das Vorgehen des Bezirksamtes gegen die Bürgerinitiative, zumal den Betroffenen zugesagt worden sei, das Bezirksamt werde über die weitere Verwendungsmöglichkeit des Hauses verhandeln. Das Bezirksamt habe deutlich gemacht, daß es nicht bereit sei, die Interessen ohnehin benachteiligter Jugendlicher zu vertreten.

Der **Landesvorstand der Jungsozialisten** wertete die Räumung in einer Presseerklärung als Versuch, „sich nach links abzugrenzen und nach rechts zu profilieren".

Die **Bürgerinitiative „Putte"** erklärte in einer Pressemitteilung, nun sei ihr eine wichtige Grundlage für ihre Arbeit genommen. Erst einen Tag vor der Räumungsaktion hätten fünf Architekten nach einer Hausbesichtigung aufs Neue „gutachtlich die gute Bausubstanz des Gebäudes" bestätigt. Für heute um 18 Uhr hat „Putte" eine Demonstration in der Rügener Straße vorgesehen. **-erk**

Die Polizei räumt die „Putte"

Versuch zur Rettung eines Berliner Jugendzentrums gescheitert

Von unserem Redaktionsmitglied Christel Sudau

Berlin, 4. April

Das Jugendzentrum „Putte" im Westberliner Bezirk Wedding ist am Donnerstag von Polizisten aufgebrochen und geräumt worden. Etwa 100 Personen, die sich in dem Gebäude verbarrikadiert hatten, ließen sich, ohne Widerstand zu leisten, auf Mannschaftswagen der Polizei in eine Schule fahren, wo ihre Personalien festgestellt wurden. Damit dürften alle Versuche zur Renovierung und zur Rettung des Jugendzentrums vergeblich gewesen und sein Abriß endgültig beschlossen sein.

Das Weddinger Bezirksamt als Besitzer des ehemaligen Mietshauses hatte die Bürgerinitiative „Putte", die in dem Gebäude mehrere Einrichtungen für Jugendliche betrieb, bereits für den 1. April zur Räumung aufgefordert. Die Jugendlichen und ihre Helfer hatten jedoch beschlossen, sich dieser Aufforderung gewaltlos zu widersetzen. Sie wiesen insbesondere darauf hin, daß das Gelände der „Putte" erst 1980 wieder bebaut werden soll. Das Bezirksamt, das ursprünglich selbst eine Renovierung des Hauses in Betracht gezogen hatte, argumentierte jetzt, es bestehe Einsturzgefahr, und kündigte den sofortigen Abriß der „Putte" an. Die Jugendlichen antworteten darauf mit verstärkten Renovierungsarbeiten, an denen sich zahlreiche Gruppen beteiligten. Auf Initiative des Friedensforschers Professor Ebert wurde aus Leihgaben eine Kunstausstellung in das Haus gebracht, die zahlreiche Besucher anzog.

Im Rathaus Wedding führten diese Aktivitäten jedoch keinen Sinneswandel herbei. Dort gab es vor allem starken Widerstand gegen die in der „Putte" lebende Wohngemeinschaft und deren Selbstverwaltungskonzept. Das vom rechten Flügel der Berliner SPD geführte Bezirksamt stellte sich dabei offen in Gegensatz zur Jugendsenatorin Reichel, die die Bürgerinitiative zu unterstützen versuchte, freilich vergeblich.

Die Räumung des Hauses begann am Donnerstagmorgen mit der Aufforderung an die Bewohner, es freiwillig zu verlassen. Als darauf im Sprechchor geantwortet wurde „Die Putte muß bleiben", begannen Polizisten, mit einem Schaufelbagger die Vorderfront des Hauses einzureissen. Anschließend beseitigten sie die Barrikaden im Treppenhaus. Daraufhin verließen alle Anwesenden das Gebäude. Ein Sprecher der Bürgerinitiative wies darauf hin, man habe von vornherein nur passiven Widerstand leisten wollen. Die Polizisten seien dagegen mit Feuerlöschern und körperlicher Gewalt gegen die Anwesenden vorgegangen.

Die Berliner FDP nannte das Vorgehen des Weddinger Bezirksamts unverständlich und befremdlich. Die Verwaltung sei ohne zwingenden Grund vorgegangen. Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen habe das Bezirksamt geutlichgemacht, daß es nicht bereit sei, die Interessen ohnehin benachteiligter Jugendlicher zu vertreten.

Neues Haus für die „Putte" gefordert

Berliner Bürgerinitiative will Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht aufgeben

Von unserem Redaktionsmitglied Christel Sudau

Berlin, 5. April

Die Mitglieder der Berliner Bürgerinitiative „Putte" haben das Wedddinger Bezirksamt aufgefordert, ihnen zur Fortsetzung ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ein anderes Haus zur Verfügung zu stellen. Das Gebäude, in dem die „Putte" bisher gearbeitet hatte, war — wie berichtet — am Donnerstag geräumt und anschließend zerstört worden. Zur Begründung hatte das Bezirksamt auf die angebliche Baufälligkeit des Hauses hingewiesen. Dem widersprachen jetzt 11 Westberliner Architekten, die das Haus besichtigt hatten. Sie erklärten, daß keine akute Gefährdung der Bewohner bestanden habe; durch Renovierungen hätte es für 5 bis 6 Jahre bewohnbar gemacht werden können. Unter Hinweis auf den Zustand zahlreicher Berliner Altbauten sagte einer der Architekten: „Die Gefährdung der Bewohner der ‚Putte' entsprach ungefähr dem Berliner Durchschnitt."

Für die Fortsetzung der Arbeit der Bügerinitiative haben sich die Mitarbeiter des Amtes für Jugendarbeit der evangelischen Kirche ausgesprochen. Sie erklärten, die neuen Wege der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens, wie sie in der „Putte" praktiziert worden seien, bedürften nicht der Behinderung, sondern der intensiven Unterstützung durch die Behörden.

Der Weddinger Jugendstadtrat Sötje warf unterdessen der Bürgerinitiative vor, sie habe versucht, das Bezirksamt zu erpressen. Alle Versuche, ihr eine vernünftige und realistische Alternative anzubieten, seien an der Forderung „alles oder nichts" gescheitert. Nach Meinung Sötjes ist die Bürgerinitiative zunehmend „unter den Einfluß linksradikaler politischer Gruppen geraten". Dieser Vorwurf wird von den Jugendlichen, die in der „Putte" wohnten, zurückgewiesen. Sie wiesen darauf hin, daß rund 6000 Weddinger Bürger ihre Initiative unterstützt hätten und stellten die Frage, ob dies alles Linksradikale seien.

KRITIK DER DEMO (Forts. v. S.5)

unserer Sicherheit. Wenn nicht wir die Militanz bestimmen, sondern aufgrund der Kräfteverhältnisse die Bullen, dann ist es besser, sich zurückzuziehen!!

Neuköllner Spontis

---

lieber genosse.
wir,renate und ich, werden nichts mehr für id machen. povel werde ich nachher anrufen und es ihm sagen. den ausschlag gibt, daß ihr den bericht über thiele gekürzt habt. 3mal wurde hier angerufen und gefragt, welcher zeitungsbericht (der abendkommentar oder der abendnachdruck) in frage käme und dann kommt gar nichts. wenn ihr einen satz wie 'so arbeitet die herrschende klasse an ihren eiterbeulen' nicht in einer nachricht wünscht, dann seid ihr nicht mehr ernst zu nehmen.
du kannst alles nachlesen,oder nachhören. weiterhin habe ich jetzt den prozeßbericht über gabriele kröcher gelesen, er wurde euch zugeschickt, ich glaube zu nr.17, und es war ungefähr der gemeinste prozeß der bisher stattgefunden hat. nirgends konnte man etwas darüber lesen, und ihr habt es nicht abgedruckt. seit nr.18 haben wir die 20 exemplare nicht mehr erhalten, mit denen wir die leute im knast hier erfreuen, ich habe es schippi neulich am telephon gesagt. und jetzt haben wir nr.21.
deinen brief fand ich sehr schön. es wäre besser gewesen, ihr hättet als antwort auf unsere kritik so etwas abgedruckt und nicht so eien brei wie ihr es getan habt. Ihr habt garnicht begriffen, daß das eine politsche forderung von uns gewesen ist und keine persönliche, und ihr hättet politisch darauf reagieren müssen und nicht persönlich. wieso konntet ihr nicht punkt für punkt darauf eingehen und sachlich d.h. zur sache antworten. es macht doch keinen spaß, eine kritik zusammenzutragen und dann lesen zu müssen, die aufgezählten punkte sind nichts, aber sie sind außerdem natürlich falsch. wenn darüber geredet wird, muß von den einzelnen punkten geredet werden und nicht vom beleidigt sein.
das letzte ist, daß brigitte heinrich bei euch mitmacht, und wir wissen von ihr (seit kurzem), daß sie bei ihrer verhaftung jan carl raspe identifiziert hat und angaben über palestinenser in frankfurt/brd gemacht hat. das ist das letzte und da können wir nicht mitmachen.

6.2.74 thorwald

SOLIDARITAT MIT DER PFLOAG

SOLIDARITÄTSWOCHE VOM 16.-22.4.74
Die Arabische Studentenvereinigung will in Westdeutschland und Berlin (West) vom 16.-22.4.74 eine Solidaritatswoche zur Unterstützung der Kampfenden Völker in Oman und am Arabischen Golf unter der Führung der PFLOAG (Volksfront für die Befreiung Omans und des Arabischen Golfes) durchführen.
Seit Jahren besteht eine Informationssperre der bürgerlichen Medien zu den Befreiungskämpfen am Arabischen Golf. Die Arabische Studentenvereinigung will mit dieser Solidaritätswoche eine breite Öffentlichkeit über die Vorgänge am Arabischen Golf und über die Ziele der Befreiungsbewegung unterrichten.

KOLLEKTIV PÄDAGOGIK

Im Info BUG Nr.1 u.2 hatten wir Artikel mit der Unterschrift "Hochschulgruppe PH" veröffentlicht. Seit letzter Woche heißen wir "Kollektiv Pädagogik". Außerdem tagen wir jetzt nicht mehr freitags, sondern dienstags im Soz. Zentrum, Stephanstr.60. Weitreichende Entscheidungen, gell? Aber, Genossinnen und Genossen - unsere Erstsemesterzeitung "Allein machen sie dich ein" ist fertig und wird ab dieser Woche an der PH verkauft, Stück 30 deutsche Pfennige. Auch sonst haben wir noch einiges vor. Mehr darüber später. Also, in Zukunft dienstags, 20 Uhr.

ZUR DISKUSSION ÜBER GEWALT

Über Gewalt zu diskutieren ist nicht nur von theoretischem Interesse (Anarchismus, Aggression als Trieb, Tyrannenmord usw.), sondern hat für uns in der gegenwärtigen Situation eine praktische Bedeutung. Da Gewalt mit verschiedenen Aktionen verbunden auftritt, können wir sie täglich als Studenten konkret oder indirekt erfassen: an der PH (Rahmenstudienordnung, Bulleneinsatz), im Stadtteil (Mieten, Wohnen), in Vietnam, in der Erziehung, in der Fabrik, in der Beziehung zum Partner und zu Genossen.

Diese Beispiele zeigen einen weitgefaßten Gewaltbegriff, wo Gewalt nicht nur materiell-brachial, sondern vor allem strukturell auftritt. Ein wesentliches Element aller Beispiele ist die Gewaltanwendung und als ihr Resultat die Unterdrückung. Andere Beispiele zeigen die Gewaltanwendung als Aktion der Befreiung von der täglich erfahrbaren Unterdrückung (Streik, Hausbesetzung, Go-in, Demonstration usw,). Und hier sollten wir uns vom christlich-bürgerlichen Pazifismus abgrenzen, der solche Aktionen (s.o.) als offensiv-aggressiv ablehnt und m.E. einen idealistischen Standpunkt vertritt. Diese Abgrenzung betone ich deshalb, weil genau mit der Begriffsverwirrung und dem pauschalen Gewaltbegriff die bürgerlichen Medien dem Leser Streik, Go-in und anderes ebenso als Gewaltakte hinstellen wie Mord und Raubüberfall (Versuch der Kriminalisierung).
Nun müssen wir uns überlegen, wann Gewaltaktionen zur Überwindung von Unterdrückung sinnvoll und effektiv sind und wo nicht, die Frage lautet aber nicht: Mit Gewalt oder gewaltlos, sondern: in welcher Situation welche Re-Aktion wie durchführen?

Gewaltanwendung ist also eine Frage der langfristigen Strategie und der momentanen Taktik. Wenn ich von unserem gemeinsamen Anspruch, die kapitalistische Gesellschaft zu verändern, ausgehe, und zwar in Form einer Revolution (Umwälzung), so ist es erforderlich, die historischen und heutigen Vorstellungen dieser Umwälzung zu diskutieren: die der Marx'schen Situation entsprechende Barrikaden-Revolution ist heute in der damaligen Form nicht mehr möglich, d.h. aber nicht, daß nicht eines Tages Arbeiterbewaffnung sinnvoll und notwendig wäre.
Worauf es ankommt ist eine "gewaltvolle" Fantasie , d.h. wir müssen nach neuen Möglichkeiten suchen und uns sowohl gegen tägliche kleine Unterdrückungen (Gewaltsituationen) als auch gegen strukturelle, vermittelte (Vietnam, Wehrkunde, Militarismus) wehren, aber nicht nur verbal und per Flugblatt, sondern auch materiell die kleine Machtfrage stellen. An dieser Stelle, wo der Widerstand militant wird und eine neue Qualität erhält, könnte uns die Gewaltdiskussion weiterbringen. Der oben erwähnte Versuch der Medien, revolutionäre Gewalt zu kriminalisieren, zeigt die Notwendigkeit der Quantität von Menschen und ihrer Solidarität. Je mehr die Solidarisierung wächst, um so wirksamer und höher ist die Qualität der Gewaltanwendung. Erste Ansätze hierzu sind in der Stadtteilarbeit, in der Öffentlichkeitsarbeit der Studenten, in Schule und bei Eltern und in der betrieblichen Lehrlingsarbeit zu sehen.
Es ist klar, daß das Thema nur angerissen und nur ein kleiner Ausschnitt dargestellt werden konnte.

1. Mai



An die Genossen, die das Info BUG herausgeben.

Liebe Genossen!
Als ich vor kurzem auf euer letztes Info aufmerksam wurde, war ich sehr neugierig, was denn da schon wieder auf den umfangreichen "linken" Zeitungsmarkt geschmissen würde.
Ich kaufte mir die Nr. 1 und wollte wissen, wer hinter der Herausgabe steckt. Da steht dann: "verschiedene undogmatische Gruppen". Viel mehr wußte ich jetzt auch nicht, außer daß das wohl Gruppen wie die GUM sind die etwas gegen Organisationen schlechthin haben. Daß ihr euch mit diesem Info ansatzweise zusammengeschlossen und somit organisiert habt (wie ihr schreibt, braucht ihr Inhalte, an denen ihr euch organisieren könnt, und das ist z.B. eine Zeitung und natürlich die Arbeit, über die ihr dort berichtet), ist begrüßenswert und macht euch greifbarer.
Ebenso ist zu begrüßen, daß ihr ein Interesse an einer Theoriediskussion habt, die euch ermöglicht, eine "Strategie zu formulieren, die uns größere Sicherheit für unsere Kleinarbeit bringt." Dabei stellt sich nur allerdings die Frage, und das ist der Kernpunkt, weshalb ich schreibe, ob ihr damit nicht schon über euren Anspruch, undogmatisch zu sein, hinausgeht. Ebensowenig bin ich es von einer undogmatischen Gruppe gewöhnt, daß sie feststellt: "...viele machen erst mit, wenn's läuft." (Info 1) Da mir dieser Widerspruch, undogmatisch zu sein, und dem, was ihr da geschrieben habt, nicht ganz einleuchtet, bitte ich euch, in einer der nächsten Nummern mal zu erklären, was ihr unter "undogmatisch" versteht. Wenn ihr euch dadurch von den Kommunisten abgrenzen wollt, dann muß ich euch von vornherein sagen, daß ihr da meiner Meinung nach nicht ganz durchblickt. Auch die westdeutschen und westberliner Kommunisten haben eine Strategie bzw. ein Programm, das ihnen "größere Sicherheit für ihre Kleinarbeit bringt", und das es ihnen ermöglicht, große Teile des Volkes zusammenzuschließen - und zwar auf ein bestimmtes Ziel hin: den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung des Sozialismus. Ist das Dogmatismus ? Dann ist auch das dogmatisch, wenn man sagt: "viele machen erst mit, wenn's läuft. Damit begründen die Kommunisten schließlich die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei, die Notwendigkeit einer Avantgarde, die die Kämpfe anleitet und zusammenfaßt.
Das wär's für heute, und versucht mal, meine Frage: was versteht ihr unter "undogmatisch"? zu beantworten.

Rot Front
J.

Antwort folgt



Ein Leser bittet uns, folgendes abzudrucken:

1. Initiativverband - Hobby - Freundschafts - Jugendclub sucht Mitglieder - alles kostenlos.

2. Arbeiter (dreißig Jahre, 175 cm, vielseitig, einsam, sucht Partnerin nicht nur frei und mit Sex, sondern auch mit Geist.

3. Eine Frage? Wann kann man Euch abonnieren, da mir der Weg von Spandau in die Stadt zu weit ist, bzw. ich berufstätig bin, also meist in die Stadt komme, bzw. bin, wenn die Geschäfte zu haben.

PS: Ihr seid sehr gut; macht weiter so.

G. Tel.: 333 67 66

Anmerkung der Redaktion:
Vorläufig kann man uns noch nicht abonnieren, da unser Vertrieb noch nicht funktioniert.

VERHALTEN DER NICHTREVISIONISTISCHEN LINKEN ZUR 1.MAI-DEMO DES DGB

Am letzten Donnerstag hatte die GIM alle kommunistischen Gruppen eingeladen, endlich ihre Haltung anläßlich des 1. Mai öffentlich darzulegen und zu begründen. Es waren anwesend: GIM, Spartacus, KPD (im Anzug des Maikomitees Oppossitioneller Gewerkschafter), KG/WB, Genossen vom Mittwochs-Plenum sowie eine Vertreterin von ÖTV-Gruppen.
Die GIM zeigte in Anfangsreferaten die Geschichte des 1. Mai in Westberlin auf. Die antikommunistischen Freihietskundgebungen des DGB hatten 1970 mit dem Debakel vor dem Schöneberger Rathaus ihr Ende gefunden. Der DGB zog sich in den Saal zurück, und sang mit Paul chen Kuhn: Schön ist die Welt. Auf Druck der Gewerkschaft sbasis ist die DGB-Bürokratie gezwunden worden, den ersten Mai dieses Jahres wieder auf der Straße zu begehen. War dies ein Verdienst vieler SEW-Kollegen, so steht man nun vor der widersprüchlichen Situation, daß es gerade die SEW-Kollegen sind, die auf eine Mobilisierung verzichten müssen, da sich Sickert und Co. auf keine gemeinsame Demo mit der SEW eingelassen haben, obwohl die SEW sogar auf ei gene Parolen verzichten wollte.
In der Spalterdemonstaration in Neukölln zeigt sich keine Linkswendung (weg von der DGB-Bürokratie), vielmehr führe die SEW die Politik, jeder offenen Konfrontation mit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführung aus dem Wege zu gehen fort.

Die GIM forderte die Anwesenden auf, sich am 1. Mai 74 dem offiziellen Gewerkschaftsblock - gefolgt von SpD und CDU - mit einem Klassenkampfblock anzuschließen. Die Dis kussion über die mitzuführenden Parolen sollte öffentlich vonstatten gehen. Der Spartacus begrüßte diesen Vorschlag, wies jedoch darauf hin, daß es notwendig sei, Parolen des internationalen Klassenkampfes mitzuführen. Die KG/WB will auch zum 1. Mai des DGB aufrufen. Sie wandte sich jedoch gegen einen Extrablock, vielmehr müsse es darauf ankommen, in den einzelnen Betrieben bzw. Gewerkschaftsgruppen einen ideologischen Kampf um die Parolen zu führen.

Falls ihre Parolen von den Kollegen nicht akzeptiert werden, reihen sie sich ohne eigene Parolen in den DGB-Block ein. Allerdings würden sie am Ende der Demonstration zu einer eigenen Kundgebung aufrufen. (Es fragt sich was die Genossen der KHG machen, da sie ja kaum aktiv in einer Gewerkschaftsgruppe mitmachen - in der GEW Stud.Gr.PH haben sie jedoch noch nichts von sich hören lassen).
Ein Vertreter der KPD wies darauf hin, daß sich vor zwei Wochen spontan (was die halt so unter spontan verstehen) ein Maikomitee oppositioneller Gewerkschaftler gebildet hat, welches mit einem eigenen Block an der DGB-Demo teilnehen wird. Die KPD geht hinterher in den Wedding, wo sie ab 13.00 Uhr vom Leopoldplatz "Gegen Monopolkapital und Brandregierung, Arbeitereinheit, Volkseinheit, für den Sozialismus! Vorwärts zum 1. Parteitag!" durch Weddings Straßen ziehen will. (Sieg im Volksmarsch)

Genossen vom Mittwochsplenum erklärten, daß auch sie an der DGB-Demo teilnehmen werden; unter eigenen Parolen als Ausdruck ihrer laufenden Arbeit, das ewige Hick-Hack über die Parolen lehenen sie ab.
Außerdem wollen sie die Demo lustbetont ablaufen lassen. Ein Sichhineinschieben in den DGB-Block sei fragwürdig geworden, da die DGB-Bürokratie bereits 800 Ordner bei den Bullen ausbildet und der DGB nur Parolen mit dem DGB-Stempel erlaube.
Eine ÖTV-Genossin erklärte, daß sich einige ÖTV-Grupen zusammengeschlossen hätten, und unter eigenen, nicht von der Bürokratie "berichtigten" Parolen in einem EXtra-Block innerhalb des DGB-Blockes demonstrieren würden.

Brief des Georg von Rauch-Haus-Kollektivs

An die Genossen des KJV!
An die Genossen der Redaktion der "KJ"!
Liebe Genossen.

Wir haben euch kürzlich einen Artikel des Georg-von-Rauch-Hauses zur Veröffentlichung der Verfügung gestellte.
Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß dieser Artikel benutzt wurde, um für den KJV zu werben.
Das habt ihr folgendermaßen gemacht:
1. Ihr habt ,,vergessen", den Artikel mit: ,,Kollektiv G.V.R.H." zu unterschreiben, obwohl es bei der Übergabe des Artikels ausdrücklich verlangt wurde.
Ihr habt auf der anderen Seite der ,,KJ" erwähnt, wir ihr zu dem Artikel kamt, und daß er vom Kollektiv ist. Allerdings war das so in der ,,KJ" placiert, daß man, erst wenn man einen anderen Artikel liest, diese Stelle findet.
Der Verdacht ist nahe, daß man übersehen soll. Dies alles könnte man noch als einen Irrtum, der bedauerlicherweise entstanden ist, annehmen.
Doch gegen einen Irrtum sprechen folgende Tatsachen:
In Berlin wurde ein Flugblatt parallel zum ,,KJ" Verkauf verteilt, in dem unwahre Angaben enthalten sind. Dies sind:
1.) Das im Georg-von-Rauch-Haus Genossen des KJV mitarbeiten. Dazu ist lediglich zu sagen, im G.V.R.H. haben noch nie Genossen vom KJV mitgearbeitet oder arbeiten mit. Es sei denn, die KJV Genossen hätten sich so gut versteckt und getarnt, daß sie in zwei Jahren noch nicht aufgefallen sind, was kaum anzunehmen ist.
2.) Im Flugblatt wurde in Verbindung zu unserem Artikel behauptet, daß die KJ die einzige Zeitung sei, die eine Perspektive bieten kann. Auch hier meinen wir, daß diese Behauptung nicht stimmt.
Wenn es nämlich anders wäre, hätten wir kaum noch anderen kommunistischen und fortschrittlichen Zeitungen diesen Artikel zur Verfügung gestellt (Zeitungen waren: ,,KVZ" des KBW, ,,Roter Morgen" der Gruppe ,,KPD/ML", und der Zeitung ,,Wir Wollen Alles").
Welche Gruppe und Zeitung eine Perspektive bieten kann, entscheiden wir für uns, und nicht ihr für uns.
Daß diese Vorgehensweise von euch nicht einmalig ist, beweisen viele Dinge, z.B., eine Schlagzeile der Gruppe Rote Fahne (,KPD') in ihrem Zentralorgan, wo behauptet wurde, daß die Kreuzberger Arbeiter für eine Kinderpolyklinik kämpfen. Zumindest zum Zeitpunkt des Erscheinens war das nicht wahr; oder die Rathausbesetzung in Bonn, wo die Gruppe Rote Fahne stellvertretend für die Volksmassen, eine Besetzung machten usw. (wenn euch das nicht reicht, sind wir gerne bereit, euch noch mehr Beispiele zu geben).
Wir sind jetzt am Hauptfehler eurer Gruppe und der Gruppe Rote Fahne ,,KPD" angelangt.
Unserer Meinung nach ist das die sagenhafte, und bis zur totalen Perfektion gelungene Blindheit von euch. Denn sonst würdet ihr sehen, daß es neben euch noch andere kommunistische Genossen und unorganisierte Kommunisten gibt, die sehr gute Arbeit machen, und daß ihr ein Teil der Bewegung seid, und unserer Meinung nach auf keinen Fall der fortgeschrittenste.
Doch wenn ihr so überzeugt seid, die einzigen Kommunisten mit Perspektive zu sein, warum müßt ihr dann in die Trickkiste greifen und mit billigen ,,Irrtümern" für euch werben. Wir können nur feststellen, daß ihr zum wiederholten Male das Vertrauen von Genossen mißbraucht habt.
Mit dieser Art von ,,Politik" erschwert ihr die Überzeugungsarbeit für den Kommunismus, für uns und alle anderen Genossen.
Wenn ihr auf solche Weise weitermacht, können wir euch garantieren, daß ihr niemanden von der Richtigkeit eurer Politik überzeugen werdet.
Wir meinen, daß ihr diesen Brief in der ,,KJ" abdrucken solltet, und eine GRUNDLEGENDE und AUSFÜHRLICHE Selbstkritik üben solltet. Wir werden diesen Brief, falls er nicht in der nächsten ,,KJ" oder Roten Fahne mit eurer Selbstkritik erscheint, an andere fortschrittliche und kommunistische Zeitungen weitergeben.
Rot Front
Kollektiv Georg-von Rauch-Haus

Antwort des KJV AUF DEN OFFENEN BRIEF DER INITIATIVGRUPPE WESTBERLINER JUGENDZENTREN (s. INFO -BUG Nr.2)

An alle Jugendlichen in staatlichen und selbstverwalteten Jugendheimen und Jugendzentren, an alle Selbstverwaltungs- u. Wohngruppen an alle Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler!

Der SPD-Senat und die Bezirksämter sind zu seinem umfassenden Angriff auf die Lebensbedingungen und die politischen Rechte der Jugendlichen angetreten. Mit den ,,Ausführungsvorschriften zur Anerkennung von Jugendverbänden und sonstigen Jugendgemeinschaften", hat sich der SPD-Senat ein Mittel geschaffen, selbstverwaltete Jugenzentren und Jugendwohngemeinschaften unter seine Kontrolle zu bringen. Gelder für Jugend- und Kinderprojekte (z.B. SSB, Abenteuerspielplätze) werden gestrichen, an einige Jugendzentren ist die finanzielle Unterstützung zumindest vorläufig gestoppt. Pläne für die Schließung von Jugendheimen tauchen immer wieder auf. Das Bezirksamt Wedding hat jetzt mit der gewaltsamen Räumung der PUTTE gedroht. In dieser Situation, in der alles auf das Zustandekommen einer starken Abwehrfront gegen diese jugendfeindliche Politik ankommt, erheben einige Selbstverwaltungsgruppen und die ,,Initiativgruppe westberliner Jugendzentren" (IWBJZ) Vorwürfe gegen den KJV, die in der Androhung von Hausverbot gipfeln und teilweise eine politische Zensur erpressen sollen:

das Rauch-Haus-Kollektiv beschwerte sich bei der KJ-Redaktion darüber, daß nicht deutlich wurde, daß der abgedruckte Artikel vom Rauch-Haus-Kollektiv stammte,

- umgekehrt kritisierte das PUTTE Kollektiv: daß nicht deutlich wurde, daß der Putte Artikel nicht von ihnen stammte. Die KJ-Redaktion bedauert diese Verwechslung sehr und schrieb dies sofort an die Kollektive mit der Bemerkung, sie hätten ja wohl grundsätzlichere ideologische Kritik, wenn sie aus einer vergleichsweise unbedeutenden Geschichte solche erpresserischen Konsequenzen zögen, wie dies in ihren Briefen zum Ausdruck kam. Sie möchten deshalb diese grundsätzliche Kritik ohne falsches Zögern der KJ-Redaktion schicken.

- Durch die Aufmachung unserer Flugblätter zu PUTTE hätten wir die PUTTE als unsere Untergruppierung ausgegeben; und zwar dadurch, daß im Kopf KJV gestanden hat. Die Jugendlichen in der PUTTE haben dem Inhalt zugestimmt!

- Die Unterzeichnung des angesprochenen LIGA-Flugblattes mit ,,Prisma-Kollektiv" entsprach einer Abmachung mit der Info-Gruppe (die sich damals noch anders nannte).

- Der KJV in Westberlin bedauerte bereits eine Behauptung, er würde im Rauch-Haus mitarbeiten. Wir können diese Selbstkritik umso leichter leisten, als wir ebenfalls gegen jeden angemaßten und in der Realität nicht vorhandenen Führungsanspruch anderer Gruppierungen kämpfen.

Wir sind der meinung, daß eine Kritik an einigen Punkten unserer Arbeit vorgeschoben wird, um mit einer Organisation abzurechnen, die einigen Leuten in den Jugendzentren nicht paßt. Ein Mitglied der ,,Bürgerinitiative Wedding" (Trägerverein der PUTTE) macht aus dem KJV gleich eine ,,betrügerische Gruppe". Nicht in einem Punkt wird versucht, eine politische Kritik am KJV zu formulieren. Nirgendwo wird gesagt, wie selbstverwaltete Jugendzentren erkämpft werden können, wie die Angriffe des SPD-Senats zurückgeschlagen werden können. Natürlich bleibt auch unerwähnt, daß der KJV sich an Flugblattverteilungen, teilweise am Schreiben der Flugblätter, an Aufräumarbeiten in der PUTTE usw. beteiligt hat. Unterdrücken wir etwa die Bedürfnisse der Jugendlichen, wenn wir sofort nach dem faschistischen Brandanschlag auf das Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum

eine Sammlung gemacht haben, bei der 600 DM zusammenkamen, die wir zur freien Verfügung übergeben haben.
Bei denen, die versuchen, den KJV bei den Jugendlichen anzuschwärzen, handelt es sich hauptsächlich um Jusos, die um ihre Posten bangen und sich ihre Karriere sichern wollen. Obwohl unsere Veröffentlichungen ganz eindeutig zur Solidarität mit der PUTTE aufriefen, richteten sie ihre Angriffe gegen den KJV, um zu verhindern, daß wir als Organisation die PUTTE unterstützen. Ihr Ziel war es, die Jugendlichen von Maßnahmen zur Verteidigung des Hauses abzuhalten, sie mit endlosen Verhandlungstaktiken einzuwickeln, um ihnen schließlich Sötjes ,,Alternative" (4 kleine düstere und vergammelte Läden für ein 4-stöckiges Wohnhaus) aufzuschwatzen. Für die Jusos bedeutet eben die Arbeit in einem Jugendzentrum die ,,Bewährung" für den Aufstieg ins Bezirksamt. Große Konflikte wollen sie nicht, denn damit riskieren sie ihre SPD-Karriere. Heute, nachdem die Jusos den Jugendlichen der PUTTE in Anwesenheit von Senatsvertretern offen in den Rücken gefallen sind, wissen auch die Jugendlichen der PUTTE, daß von den Jusos keine Unterstützung, sondern nur Zersplitterung und Ablenkung zu erwarten ist.
Um die Politik der PUTTE nach den Zielen der Jusos auszurichten, wurden alle Entscheidungen in das interne Plenum der ,,Bürgerinitiative Wedding" verlagert. Der Großteil der Jugendlichen war so von vornherein ausgeschlossen. Durch ihre ,,Beziehungen" innerhalb der SPD-Maffia sicherten sich die Juso-Sozialarbeiter so das Monopol auf die Verhandlungen mit dem Bezirksamt. Dem KJV sollte sogar das Verteilen eigner Flugblätter verboten werden. Sie behaupteten, das Wort ,,kommunistisch" würde die Bevölkerung abschrecken, das Bezirksamt könnte sich dadurch unangenehm berührt fühlen. Das alles zielte nur darauf ab, keine Front gegen das Bezirksamt aufzubauen, sondern Sötje kompromißbereite Verhandlungen anzubieten. In dieses Konzept paßte der KJV nicht: daher die Hetze gegen den KJV.
Duch ihren Verrat an der Forderung nach Erhalt aller Projekte der PUTTE haben die Jusos inzwischen ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie haben beispielhaft bewiesen, wie die ,,linke SPD das Geschäft der ,,rechten" SPD mit anderen Mitteln betreibt.
Die Jusos sind noch nicht von der Bühne abgetreten, da nehmen schon andere ihren Platz ein, wenn es darum geht, den KJV auszuschalten: Die Initiativgruppe westberliner Jugendzentren. Auch hier dieselbe Politik: Fehler, für die der KJV bereits öffentlich Selbstkritik geleistet hat, werden zum Anlaß genommen, die KPD und den KJV als machthungrige Organisationen hinzustellen, die sich alles unter den Nagel reißen wollen, die ,,mit Blindheit geschlagen" ist und überall die Führung beansprucht. Aber so sehr wir die Briefe an uns auch prüfen: Nirgendwo steht, wie der Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren, der Kampf gegen die ,,Ausführungsvorschriften" weitergeht. Die politische Kritik fehlt, die Diffamierung bleibt.

Da, wo die Jusos-Sozialarbeiter die Stellung gegen die Jugendlichen nicht halten konnten, wurde sie von Leuten übernommen, die sich langjährig in den Jugendheimen festgesetzt haben. Diese Politik wird teilweise mit dem Schlagwort ,,Selbstorganisation der Jugend" betrieben. In Wirklichkeit ist so die Jugend von der Organisierung ausgeschlossen. Unter der Hand haben sich - durch bessere Kenntnisse, besondere Verbindungen usw. - undurchsichtige Herrschaftsformen herausgebildet, die nicht mehr kontrolliert werden. Der KJV tritt für die Selbstverwaltung der Jugendheime ein. Selbstverwaltung heißt:
- daß alle Gremien in den Jugendzentren gewählt, mit festen Aufgabenbereichen versehen werden und jederzeit abwählbar sein müssen:
- daß eine Leitung gewählt wird, die die gesamte Arbeit anleitet;
- daß regelmäßig eine öffentliche Vollversammlung stattfindet, die das oberste Organ ist, der gegenüber allen Gremien rechenschaftspflichtig sind und an der stimmberechtigt alle teilnehmen, die fest in einem Gremium arbeiten.
Messen wir die bestehenden Jugendzentren daran, ob sie wirklich selbstverwaltet sind! Dabei wird sich herausstellen, wer wirklich eine undurchsichtige Führung hat; dann zeigt sich, daß einige das Gegenteil tun; sie betrachten die Jugendzentren nur als ihr ,,soziales Betätigungsfeld", nicht aber als einen Ort, in dem die Jugendlichen ihre Interessen verwicklichen.
Wir Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler brauchen die Jugendzentren aber nicht, um von den Sozialarbeitern beschwätzt zu werden. Wir brauchen die Jugendzentren, weil wir zu wenig Geld haben, um uns in Kneipen, Discotheken usw. die Zeit totzuschlagen; weil wir in engen Wohnungen keine Möglichkeiten haben, was zu machen; weil die kapitalistische Freizeitindustrie nur Stumpfsinn anbietet; weil die staatlichen Jugendheime uns strikter Kontrolle unterwerfen; weil wir einfach Möglichkeiten brauchen, wo wir unsere Forderungen und unser Vorgehen im Betrieb und auf der Straße besprechen können. Deswegen müssen wir gegen die verschärfte Kontroll- und Zensurpolitik des SPD-Senats kämpfen. Deswegen treten wir auch in den Jugendheimen für POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG, BERUF UND FREIZEIT EIN!
Wer nützt und wer schadet dem Kampf um selb stverwaltete Jugendzentren? Es sind dieselben Leute - Jusos und Spontaneisten (diejenigen, die parteifeindlich sind und häufig sogar jede Organisierung in Jugendzentren ablehnen) - die uns ständig vorgeworfen haben, wir würden ,,zuviel Politik" verlangen. Sie meinten, man könne im Kampf um die Erhaltung der PUTTE nicht auch noch die Sanierungspolitik des SPD-Senats angreifen. Es wäre ja das Bezirksamt Wedding, das die PUTTE abreißen lassen wolle. Dabei ist doch klar, daß die PUTTE der Sanierungspolitik des SPD-Senats zum Opfer fallen soll. Das Bezirksamt tritt hier nur als Vollstrecker der Abrißbeschlüsse auf. Und ,,Sanierung" - das heißt nicht nur Abriß der Häuser, das heißt Vertreibung der Arbeiterfamilien, und zwar auch dadurch, daß das Arbeiterviertel ,,ausgetrocknet" wird (Schließung von Krankenhäuseren, Jugendheimen, kaum noch ,,soziale Einrichtungen").
Außerdem ist es gerade der SPD-Senat, der mit seinen neuen ,,Ausführungsvorschriften" die selbstverwalteteten Jugendzentren unter Kontrolle bringen will: die Förderung soll von direkter Aufsicht durch Beauftragte des Jugendamts und dem Glaubensbekenntnis auf die ,,freiheitlich-demokratische Grundordnung" abhängig gemacht werden.
Wer jetzt behauptet, Angriffe gegen den SPD-Senat seien ,,taktisch unklug", der darf sich nicht wundern, wenn sich noch nicht so viele an den Kämpfen beteiligen. Die erwachsene Bevölkerung im Wedding gewinnt man nur, wenn ihnen klar gemacht wird, daß die Sanierung sich direkt gegen sie richtet. Die Jugendlichen auch aus anderen Stadtteilen, gewinnt man nur, wenn man ihnen klar macht, daß die Schließung der PUTTE als Teil der Sanierungspolitik des SPD-Senats bezeichnet, als Teil der insgesamt jugendfeindlichen Politik des SPD-Senats. So hat er die Jugendlichen zur Unterstützung des Kampfes der PUTTE aufgerufen. Und wenn jetzt seitens der IWBJZ unverhüllte mit Hausverbot und politischer Zensur gedroht wird, dann schadet das dem Kampf.
Wir sind der Meinung, daß der Erfolg des Kampfes um die PUTTE davon abhängt, ob eine breite Abwehrfront geschaffen werden kann. Wir fordern die Initiative westberliner Jugendzentren auf, ihre Beschlüsse gegen den KJV deshalb zurückzuziehen. Wer solche Beschlüsse in einer Lage faßt, in der alles auf die Vereinigung unserer Kräfte gegen den SPD-Senat ankommt, der spaltet, und dem ist die Lage der Arbeiterjugend gleichgültig, der lenkt auch von unserem Gegener ab.

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG, BERUF UND FREIZEIT!
KEIN ABRISS VON JUGENDZENTREN!
SOFORTIGE UNBÜROKRATISCHE UNTERSTÜTZUNG ALLER SELBSTVERWALTUNGSGRUPPEN!
WEG MIT DEN AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN!
FÜR SELBSTVERWALTETE, UNABHÄNGIGE JUGENDZENTREN!
KAMPF DER JUGENDFEINDLICHEN POLITIK DES SPD-SENATS!



Heraus am 1. Mai!



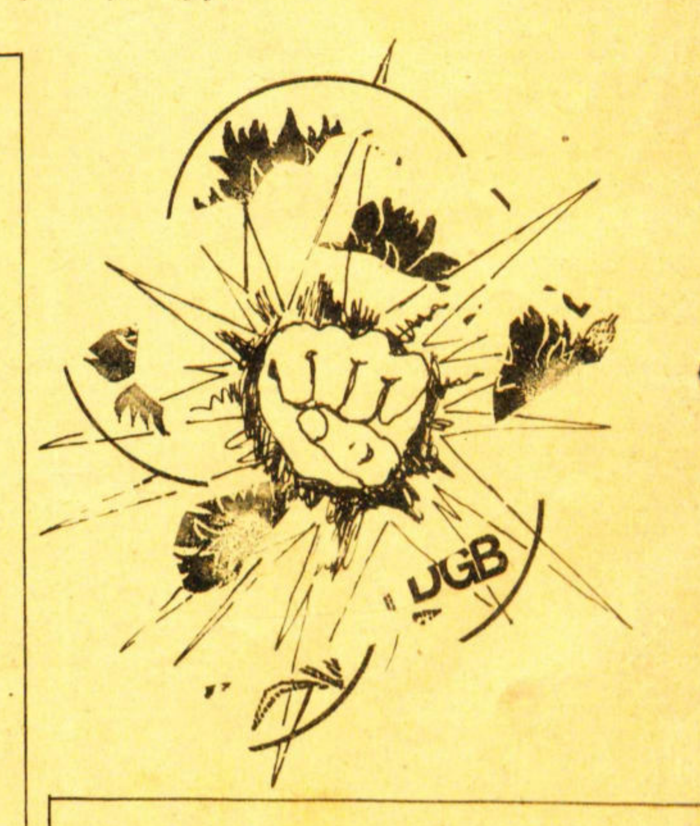
Lösungen zum 1. Mai

- Mitbestimmung nur bei echter Parität
- Gegen Preiswucher — Für Stabilität
- Wir fordern Preiskontrolle
- Lohnsicherung bei Betriebspleite
- Für harte Strafen bei Wirtschaftsverbrechen
- Gegen Korruption und Spekulantentum
- Mehr Lohn für die arbeitende Frau
- Erwachsenenbildungsgesetz in Berlin
- Chancengleichheit — Keine Privilegien für die Universität
- Paritätische Mitbestimmung im Handwerk
- Ausbildung statt Ausbeutung
- Wir fordern ein neues Berufsbildungsgesetz
- Gegen Pressekonzentration
- Nicht Löhne — Profite treiben die Preise
- Mehr Schutz der jungen Arbeitskraft
- Berufsausbildung ist öffentliche Aufgabe
- Für ein besseres Jugendarbeitsrecht
- Für eine Berufsausbildung
- Mitbestimmung im Bildungswesen
- Berufliche Bildung — Kein Monopol der Arbeitgeber
- Frauen fordern beruflichen Aufstieg
- Reform des § 218 — Fristenlösung
- Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz
- Für ein einheitliches Dienstrecht
- Mehr Geld für Bildung
- Gleiche Bildungschancen auch für ausländische Arbeitnehmer
- 10. Schuljahr für alle
- Für Frieden und Völkerverständigung
- Solidarität ist unsere Kraft
- Streikrecht für Beamte

Maifest 74 in Neukölln:

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen im Rathaus Neukölln erfahren wir, daß die Frist für eine Genehmigung unseres Festes am Richardplatz zu kurz ist.
Leider können die politischen Gremien wie Bezirksstadtrat, Ausschuß für Bauwesen, Bezirksverordnetenversammlung und die Fraktionen in der Kürze der Zeit nicht mehr zusammentreten.
Nach dem Willen der Bürokraten soll es also am 1.Mai kein Fest geben. Genauso wie vor einem Jahr auf dem Hertzbergplatz.
Wir lassen uns unser Fest aber nicht nehmen - die Vorbereitungen sind in vollem Gange!!!!

Wer bei den Vorbereitungen mitmachen will, melde sich bitte bei Fidel (606 54 15).



INFO BUG 1 Bln 21 Stephanstr.60 (im SZ) Tel: 395 80 83

Bürozeiten: Mo-Fr 18-20 Uhr
So ab 18 Uhr Redaktion im SZ